

Tarifrunden mit Signalwirkung

Die Tarifrunden in den 2 großen Bereichen Metall und Öffentlichen Dienst verliefen in diesem Jahr zeitlich parallel. Dies hätte die gute Chance geboten, die beiden Tarifbewegungen zu vernetzen, um gemeinsam eine kämpferische Auseinandersetzung zu führen. Doch: Die 2 großen Tarifrunden sind beendet, bevor sie richtig begonnen hatten. Die Krise hat die Gewerkschaften noch zahmer gemacht. Die Reallohnsenkungen gehen weiter. Die Leitlinien „Wir zahlen nicht für eure Krise“ bzw. „Nicht auf unserem Rücken“ setzten sich in diesen Tarifaufeinandersetzungen nicht durch.

Entwicklung der Entgelte im Jahr 2009

Bereits die Tarifierhöhungen, die im 2. Halbjahr 2009 abgeschlossen wurden (1 bis 2%), lagen deutlich unter denen des Vorjahres (ca. 4%). Auch sorgten verschiedene Öffnungsklauseln dafür, dass die Erhöhungen nicht vollständig wirksam wurden und die tariflichen Lohnsteigerungen teilweise bis zum Frühjahr 2011 ausgesetzt werden können. Jeder fünfte Beschäftigte in »Krisenbetrieben« gibt an, dass das Monatseinkommen gesunken sei, in erster Linie durch Kurzarbeit. 23% der Befragten berichteten von abgesenkten oder gestrichenen Sonderzahlungen wie z. B. Ergebnisbeteiligungen. Das Weihnachtsgeld wurde bei 17 Prozent reduziert. Zulagen und Zuschläge verringerten sich bei 16%, und weniger Urlaubsgeld erhielten 12%. In der besonders krisenbetroffenen Metallindustrie sind die Einschnitte noch häufiger: Rund ein Drittel der Beschäftigten dieser Branche beklagt gesunkene Regeleinkünfte, Sonderzahlungen fallen bei 29% der Beschäftigten geringer aus, Zulagen und Zuschläge bei einem Viertel, gefolgt vom Weihnachtsgeld (23%) und dem Urlaubsgeld (17%).

Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt verstärken Armut

Laut offiziellen Zahlen ist zwar die Erwerbslosigkeit nicht entscheidend gestiegen. Die Einbrüche sind aber trotz allem da, wenn auch verschleiert. Mit Tricks sind immer mehr Erwerbslose aus der Statistik geflogen. Man muss davon ausgehen, dass die tatsächliche Zahl der Erwerbslosen um mehr als eine Million höher ist als offiziell gemeldet.

Die Umwälzung auf dem Arbeitsmarkt ist immens. Laut einer Studie des DGB haben zwischen Oktober 2008 und September 2009 bereits 3,258 Millionen Menschen ihre Stelle verloren, dies ist jeder neunte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Besonders betroffen waren dabei Leiharbeiter. Fast jeder Fünfte landet direkt in Hartz IV. Neue Jobs finden sich hauptsächlich im prekären Bereich und im Niedriglohn. Diese Umwälzung bedeutet ein Anwachsen der Armut.

Entscheidende Frage: Wer bezahlt diese Krise

Die Krise hat für die Tarifbewegungen neue Bedingungen geschaffen. Der Kernpunkt bildet die Frage: Wer bezahlt diese Krise? Niedrige Tarifabschlüsse verlagern die Krisenkosten auf die abhängig Beschäftigten. Deshalb sind Tarifrunden in Krisen zutiefst politische Auseinandersetzungen mit Signalwirkung auch an die Politik. Gelingt es hier nicht, die Umverteilungsprozesse zugunsten des

Kapitals zu stoppen, wird es auch in sozialen Fragen schwieriger, die Abwälzung der Krisenlasten zu verhindern. Schon bei der Organisation der ersten Krisenproteste im März 2009 zeigte sich, dass die Gewerkschaftsoberen nicht die Initiatoren der Proteste waren, sondern eher die, die aufwändig gewonnen werden mussten oder sogar versuchten, sie zu behindern. Die treibende Kraft der Mobilisierungen waren die Krisenprotestbewegung, untere und mittlere Gewerkschaftsgliederungen und wenige Flächenbezirke.



Diese Haltung gegen offensive Gegenstrategien und Mobilisierungen hat sich in den Tarifbewegungen fort- und durchgesetzt.

Tarifrunde Metall – Anpassung und Neuausrichtung

Erstmals wurde eine (vorgezogene) Tarifrunde ohne Forderungsdiskussion und ohne Mitgliedermobilisierung durchgeführt. Ein weiteres Novum war, dass es keine bezifferte Lohnforderung gab. Tarifpolitische Grundsatzzpositionen wurden ohne Debatte in der Mitgliedschaft oder im Funktionärskörper einfach beiseite gelegt, wie z.B. der Baustein Verteilungsspielraum. Egal, wie man zu diesen Grundsatzzpositionen und zu bisherigen Ablaufritualen steht, die neue Ausrichtung wurde ohne Einbeziehung der KollegInnen durchgezogen. Damit wurde ein Stück gewerkschaftliche Demokratie ohne Not aufgegeben.

Die Ergebnisse sind bescheiden. In den elf Monaten zwischen Mai 2010 und März 2011 müssen sich die rund 3,4 Millionen Beschäftigten der Metallbranche mit zwei Einmalzahlungen von insgesamt 320 € begnügen, die nicht in die Entgelttabelle einfließen. Ab April 2011 gibt es

dauerhaft 2,7% mehr Geld. Die Kosten für die Ausweitung von Kurzarbeit und weitere Möglichkeiten bei Absenkung der Arbeitszeiten mit geringem Teillohnausgleich zahlen ebenso hauptsächlich die KollegInnen. Die Regelungen zur Absenkung der Arbeitszeit höhlen den Flächentarifvertrag noch weiter aus.

Die Chance eines Einstiegs in kollektive Arbeitszeitverkürzung mit Entgeltausgleich, wie in den 80er Jahren, wurde vertan und somit bleibt das Thema Arbeitszeit der Kapitalseite überlassen. Auch hier wurde Umverteilungspotential an die andere Seite verschenkt.

Der Vertrag läuft bis Ende März 2012, also 23 Monate. Die Reallohnabsenkungen der vergangenen Jahre setzen sich fort. Durch den Ablauf der Tarifrunde wurde dem Kapital signalisiert: wir sind bereit zum Verzicht und zur Zusammenarbeit. Politisch motivierte Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten wurden nicht organisiert – der Kurs heißt Konsens und Anpassung. Sicher sind die Bedingungen in der Metallbranche zur Zeit nicht einfach, ökonomischer Druck durch Streiks nur in wenigen Betrieben möglich, aber eine politische Auseinandersetzung wäre möglich gewesen. Dies hat der Streik der Reinigungskräfte Ende letzten Jahres bewiesen.

Tarifrunde Öffentlicher Dienst: guter Start – schlechtes Ergebnis

Die Forderung bestand aus verschiedenen Komponenten mit einem Volumen von 5 %. Im Vorfeld wurden die Mitglieder und Beschäftigten mit einer breit angelegten und differenzierten Fragebogenaktion in die Forderungsdebatte einbezogen. Eindeutige Priorität hatte bei allen eine deutliche Erhöhung der Einkommen, wichtig war aber auch die Verlängerung der Altersteilzeitregelung. Die Frage einer Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage spielte zwar in Baden-Württemberg eine wichtige Rolle, wurde aber bundesweit nicht aufgenommen.

In kampfstärkeren Bereichen und Regionen gab es zumindest Bemühungen, die Tarifaufeinanderersetzung offensiv und mit Aufbau von Streikfähigkeit anzugehen. Der Auftakt war auch erfreulich. Aus dem Stand streikten mehr als 120.000 Mitglieder bundesweit – weit mehr als allgemein erwartet. Insbesondere in den Krankenhäusern, im Öffentlichen Nahverkehr, bei den ErzieherInnen, der Müllabfuhr und den Straßenwärtern war eine große Streikbereitschaft da.

Nach einer kurzen und überraschend erfolgreichen ersten Mobilisierungs- und Warnstreikphase und drei kurz aufeinander gefolgt Verhandlungen haben beide Seiten gemeinsam die Schlichtung angerufen. Ungewöhnlich waren die kurzen Verhandlungsintervalle, da dazwischen keine Zeit war, eine breite bundesweite Warnstreikbewegung zu entwickeln. Zwischen Beginn und Scheitern der Verhandlungen lagen gerade mal 4 Wochen. Dies lässt Zweifel aufkommen, ob ein breiter Streik überhaupt ins Kalkül gezogen wurde.

Auch bei ver.di gab es ein tarifprozessuales Novum: die von der Bundestarifkommission beschlossene 5%-Forderung (Volumen) wurde vom ver.di Vorsitzenden Bsirske auf 3,5% verkürzt – ein Verstoß gegen einen ungeschriebenen Grundsatz, dass nach einem Scheitern der Verhandlungen wieder die Ausgangsforderung gilt.

Auch hier ist das Ergebnis sehr bescheiden: Auf's Jahr bezogen etwas über 1% Lohnerhöhung plus die verhasste Leistungszulage. Auf die Forderungshöhe von 5 % bezogen ist dies ein historisch niedriger Durchsetzungsquotient von ca. 30 %. Bei der Altersteilzeit ist die Entgeltabsicherung mit 70 % (gegenüber 83% vorher) so niedrig, dass sie nur von

wenigen in Anspruch genommen werden kann. Auch die Übernahme der Auszubildenden ist alles andere als verbindlich geregelt.

Fazit

Mit diesen Abschlüssen haben die 2 großen Gewerkschaften die „Sachzwänge“ der Krise prinzipiell akzeptiert. Da wir aber noch nicht am tiefsten Punkt der Krise angelangt sind und auch die Verteilungskämpfe um die großen noch nicht verteilten Krisenlasten noch anstehen, sind diese Abschlüsse hochgefährlich. Sie weisen in eine völlig falsche Richtung.

Diese Tarifrunden müssen in den nächsten Monaten sorgsam aufgearbeitet werden. Künftige Tarifrunden brauchen strategische Debatten, sie müssen offensiv angelegt werden und es müssen breite gesellschaftliche Bündnisse geschaffen und viel Medienarbeit geleistet werden. Wir müssen von der Unverzichtbarkeit des Widerstands ausgehen, Gegenstrategien entwickeln und eine breite Mobilisierung aufbauen. Ein Offensivkonzept wäre, gemeinsam zu sagen: Wir sind für diese Krise nicht verantwortlich – wir wollen sie auch nicht bezahlen, die Verursacher sollen bezahlen, die die zuvor Jahre, Jahrzehnte von der Umverteilung von unten nach oben profitiert haben.

Durch Wegducken und Verzicht werden die Gewerkschaften keinen Boden gewinnen. Nur im Ringen um Meinungsführerschaft, breite Mobilisierungen, offensive Konzepte, politische Streiks können die anstehenden Verteilungskämpfe gewonnen werden.

Sekretariat der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Weitere Infos im Labournet unter:

www.labournet.de

⇒ Diskussion

⇒ Gewerkschaften

⇒ Tarifrunden

Auszüge aus der Pressemitteilung der Vorbereitungsgruppe für die Demonstration „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ vom 22.02.2010

Merkwürdige Debatten nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zu Hartz IV.

.....Die FDP bricht in diesen Tagen eine Diffamierungskampagne vom Zaun, die sich gegen Hartz-IV-Beziehende und die 11,5 Millionen Armen im Land richtet. Außenminister Westerwelle greift mit seinen elitären Allmachtsphantasien die Erwerbslosen und ihre grundgesetzlich geschützte Menschenwürde an. In einer Zeit, wo die Besserverdienenden durch Finanzspekulation und Steuerhinterziehung erheblich an Ansehen eingebüßt haben, versucht Westerwelle, durch unerträgliche Demagogie den Spieß umzukehren und in der Öffentlichkeit wieder mehr Akzeptanz für weitere Senkungen des Lebensstandards, der Sozialleistungen und der Reallöhne zu schaffen. Die vorgeschlagene Zwangsarbeit für Beziehenden von Hartz IV dient dabei nicht nur der Repression, sondern soll das Lohnniveau weiter absenken.

Wir wissen, die Umsetzung der Anforderungen des Urteils an eine bedarfsgerechte Mindestsicherung bekommen wir nicht geschenkt. Wir müssen sie erkämpfen. Mit der Demonstration am 20. März in Essen „Wir zahlen nicht für eure Krise – zwingen wir die Profiteure zur Kasse“, werden wir die Zumutungen von Westerwelle & Co. zurückweisen. Wir fordern die Abschaffung von Hartz IV und einen Eckregelsatz von 500 Euro! Und damit Armutslöhne der Vergangenheit angehören: Her mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro!

www.krisendemo-nrw.de

weitere Infos über die Krisenproteste unter:

www.kapitalismuskrise.org/

weitere Infos über das Hartz IV-Urteil unter:

www.tacheles-sozialhilfe.de/

Region Stuttgart in Bewegung

Seit vergangenen Herbst kommt es immer wieder zu Aktionen von MetallerInnen gegen Entlassungen, Standortschließungen und Verlagerungen in der Region Stuttgart. Die Aufzählung ist sicher nicht vollständig, aber doch sehr eindrucksvoll. Bei allen Aktionen waren Delegationen aus zahlreichen anderen Metallbetrieben anwesend, was zeigt, dass solidarisches Handeln auch in der Krise von den Kollegen gelebt wird.

Anfang Oktober machten die KollegInnen von KBA MetalPrint den Anfang mit einer Protestkundgebung vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Mitte Oktober folgten Aktionen und Mahnwachen mehrerer Esslinger Maschinenbaubetriebe vor der LBBW. Ende Oktober machte die IG Metall-Jugend Aktionen zur Ausbildungs- und Übernahmesituation und gegen prekäre Jobs. Mitte November protestierten die Azubis von Bosch für eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung. Anfang Dezember folgten die tagelangen Proteste der Sindelfinger Daimler-KollegInnen gegen die Verlagerung der C-Klasse und in Folge gab es auch Proteste bei Daimler in Untertürkheim und Mettingen. Zehntausende waren auf Großkundgebungen in Sindelfingen und Böblingen, immer wieder kam es auch zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Die Wut war groß, die Aktionen machtvoll und kämpferisch. Die Feuerbacher Behr Kollegen blockierten Bundesstraßen wegen einer angekündigten Werksschließung und Entlassungen. Vor der Cannstatter MAHLE-Zentrale protestierten Mitte Dezember KollegInnen aus Italien gegen die Schließung des Produktionsstandortes Volvera (nahe Turin). Die Protestaktion wurde von MAHLE-Beschäftigten aus den deutschen Werken unterstützt.

Im Januar, Februar und März gab es mehrere Aktionen der Beschäftigten von KBA-Metal-Print und Behr. Mitte

Februar verhinderten Kollegen von Kelch und Links in Schorndorf durch eine Werkstorblockade den Abtransport der Maschinen. Mittlerweile bekamen 5 der 7 Betriebsräte die fristlose Kündigung.

Weitere Infos hierzu unter www.waiblingen.igm.de



Notwendig wären gemeinsame Streiktage aller und kämpferische Aktionen, um wirkungsvoller agieren zu können und den Druck zu verstärken. Der 20. März und der 1. Mai sind Tage zur Vernetzung der betrieblichen Aktionen und Akteure.

Christa Hourani

Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Weitere Infos unter: www.stuttgart.igm.de

In DGB, ver.di und IG Metall: Gewerkschaftsbasis lässt sich die Pläne für Stuttgart 21 nicht mehr gefallen

In der Region Stuttgart und darüber hinaus in ganz Baden-Württemberg hört der Protest gegen das Projekt Stuttgart 21, konkret den Tiefbahnhof, die Untertunnelung eines großen Teils der Innenstadt, die Fällung vieler alter Parkbäume und jahrzehntelange Baustellen, nicht mehr auf. Zwar werden die Pläne als unumkehrbar dargestellt, jedoch werden immer wieder neue Prognosen über Verteuerungen veröffentlicht, als letztes ein Bericht von Frontal 21 mit Zitaten des Bundesrechnungshofs.

In Stuttgart gibt es Unmut nach der Verabschiedung eines Sparhaushalts, der aufgrund der S21-Kosten notwendig wurde. In allen Regionen empören sich Bahnfahrer, dass wichtigere Investitionen, z.B. im Rheintal, zugunsten von S21 zurückgestellt werden.

Die SPD hält trotz Unruhe an ihrer Basis immer noch an dem Projekt fest. Die Gewerkschaften jedoch lassen sich nicht mehr zurückhalten. Ver.di, die von den Kosten von S21 am unmittelbarsten betroffen ist, war schon lange Gegner, ebenso die GDL. Die DGB-Region Nordwürttemberg lehnte S21 im Herbst 2009 ab. Der ganze Landes-DGB zog in seiner Bezirkskonferenz am 31.1.2010 nach – gegen das Votum der Versammlungsleitung. Die IG Metall Baden-Württemberg war lange noch eine Bastion der S21-Freunde, insbesondere ihr Bezirksleiter Jörg Hoffmann war offizieller Unterstützer. Die Stuttgarter Delegiertenversammlung vom 27.2.2010 beschloss jedoch auf einen Antrag aus einer Reihe von Betrieben mehrheitlich, sehr gegen den Willen des Ortsvorstands, sich dem Beschluss des Landes-DGB anzuschließen.

Diese Abstimmungsergebnisse zeigen, dass aktive GewerkschafterInnen sich von kommunal- und regional-

politischen Bewegungen nicht (mehr) fernhalten lassen. Das Arbeitsplatzargument zieht auch nicht mehr, wenn man weiß, wie schlecht die Arbeitsbedingungen auf Großbauplätzen für die Beschäftigten von Sub-Sub-Subunternehmen sind, wie man schon beim Messe-Neubau erlebt hat.

Bernhard Löffler, Vorsitzender der DGB-Region Nordwürttemberg, wird in Kürze auf der Montagsdemo für den Kopfbahnhof und gegen S21 sprechen. Er hat mit seiner Kritik an S21 nie hinter dem Berg gehalten. Bernd Riexinger, ver.di-Bezirksleiter, und Thomas Adler, Daimler-Betriebsrat, hatten schon früher dort gesprochen. Die Basis steht hinter diesen Kollegen.

Gertrud Moll, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Weitere Infos unter:
www.kopfbahnhof-21.de

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 18. März 2010



Einladung zur bundesweiten Aktionskonferenz „Wir zahlen nicht für eure Krise“

Samstag, 17. April 2010 von 11.30 bis ca. 17.00 Uhr
Hessischer Landtag, Wiesbaden, Schlossplatz 1-3

Wir laden alle BündnispartnerInnen und weitere interessierte Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen zur bundesweiten Aktionsberatung nach Wiesbaden ein. Wir würden uns sehr über „Neuzugang“ freuen, damit das gesamte Spektrum der Protestbewegung gegen die Krisenfolgen zum Ausdruck kommt!

Auf der eintägigen Aktionsberatung wollen wir zum Einen die Situation im Jahr drei der Krise diskutieren und gemeinsam bewerten. Welche Handlungsoptionen bieten sich vor diesem Hintergrund? Welche Strategie wäre für das Krisenbündnis sinnvoll?

Zum anderen bietet das Treffen Raum für den Austausch. Die BündnispartnerInnen berichten aus ihren Arbeitszusammenhängen. Außerdem wollen wir die Protestaktionen vom 20. März in Stuttgart und Essen auswerten und die bundesweite Demonstration am 12. Juni in Berlin vorbereiten.

Es gibt viel zu tun. Im Laufe dieses Jahres wird uns die Krise mit voller Wucht treffen. Nach der Landtagswahl in NRW wird versucht werden, die Kosten der Krise auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Das bedeutet Massenentlassungen, Sozialabbau, weitere Prekarisierung der Arbeit, Mehrwertsteuererhöhung und einen massiven Rückbau der öffentlichen Infrastruktur durch die kommunale Verarmung. Der schwarz-gelben Koalitionsvertrag sieht außerdem einen radikalen Umbau des solidarisch finanzierten Gesundheitssystems vor, dessen wachsende Kosten in Zukunft die Lohnabhängigen alleine tragen sollen. Neben der Kopfpauschale werden auch weitere Steuersenkungen für Unternehmen diskutiert, darunter die Abschaffung der Gewerbesteuer.

An Griechenland wird derzeit vorexerziert, was auch bei uns droht. Dagegen müssen wir einen breiten Widerstand organisieren! Nicht wir – Lohnabhängige, Erwerbslose, RentnerInnen und Jugendliche – werden diese Krise bezahlen! Wir zwingen die Profiteure zur Kasse.

Weitere Infos: www.kapitalismuskrise.org

Solidarität mit den griechischen Arbeiter/innen, Jugendlichen und Rentner/innen!

Seit mehreren Wochen demonstrieren und streiken die ArbeiterInnen in Griechenland gegen die geplanten massiven Kürzungen bei Löhnen, Renten und Bildung, gegen Stellenabbau im öffentlichen Dienst und Erhöhungen von Massensteuern. Deutsche Politiker, Unternehmer und Medien behaupten, „die Griechen“ hätten „über ihre Verhältnisse gelebt“ und müssten nun dafür den Preis zahlen. Zudem wird das Klischee bedient, dass in Griechenland - und generell in Südeuropa - Misswirtschaft und Korruption vorherrschen.

Mit dieser Propaganda soll davon abgelenkt werden, dass die Masse der griechischen Bevölkerung, wie in Deutschland und überall, nicht die Rezession verursacht hat, sondern im Gegenteil mit ihren Steuergeldern die Banker und Spekulanten „gerettet“ wurden. Dieselben Banken saugen jetzt ihre Retter finanziell aus! Gleichzeitig wollen die herrschenden Eliten und ihre Meinungsmacher in den Massenmedien nach dem Motto 'teile und herrsche' die arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerungen der verschiedenen europäischen Länder gegeneinander ausspielen.

Die Mehrheit der Griechen muss von deutlich niedrigeren Löhnen als in Deutschland leben, bei ähnlichen Preisen. Mit der Kampagne des Establishments soll davon abgelenkt werden, wer die Schuldigen für die schwerste Rezession seit achtzig Jahren sind und der ideologische Boden bereitet werden, um die Kosten der Masse der Bevölkerung aufzuhalsen. Reiche und Konzerne werden gleichzeitig weiter beschenkt.

Die Antwort von Gewerkschaften, sozialen und linken Bewegungen darauf sollte sein: Gemeinsam gegen die Verursacher der Krise auf die Straße! Mobil machen gegen die Politik der nationalen Regierungen und gegen die EU-Kommission, die auf Anweisung der Großmächte Griechenland de facto unter Zwangsverwaltung stellt und entrechtet.

Der Widerstand der Lohnabhängigen, SchülerInnen, StudentInnen und RentnerInnen in Griechenland verdient die solidarische Unterstützung der europäischen Arbeiterbewegung und Linken. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Vorhaben der EU und der griechischen Regierung würde eine Ermutigung für alle Beschäftigten in Europa darstellen.

Die beste Unterstützung wird jedoch sein, wenn wir von den griechischen KollegInnen lernen und in Deutschland und ganz Europa damit anfangen gegen die Politik des Kahlschlags zu kämpfen. Die Demonstrationen am 12. Juni und der Bildungsstreik sind ein Anfang. Gemeinsame, europaweite Aktionen und Proteste, zum Beispiel ein europaweiter Aktionstag, sollten von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Parteien angegangen werden.

Hoch die internationale Solidarität!



Weitere Infos unter:
www.labournet.de
⇒ Internationales
⇒ Griechenland

Etappensieg bei Tekel in der Türkei

Seit Mitte Dezember kämpfen die 12.000 Tekel-Beschäftigten in der Türkei gegen die Folgen der Privatisierung des ehemals staatlichen Tabakherstellers. Sie sollen unter den sogenannten 4/C-Status weiter beschäftigt werden, was für sie drastische Lohninbußen und Verlust ihres Rechts auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft bedeuten würde. Sie nennen dies zurecht ein Versklavungsgesetz. Bis jetzt führten sie zahlreiche Demonstrationen durch, darunter am 17.1. eine Großdemo mit 100.000 Menschen, einen Hungerstreik sowie einen landesweiten Solidaritätsstreik, der ursprünglich als Generalstreik geplant war und an dem sich 4.2. Millionen Werktätigen in der ganzen Türkei beteiligten. Ein erster Sieg ist das Gerichtsurteil vom 1. März. Die von der Regierung gesetzte 30tägige Frist, innerhalb der sich die Arbeiter nach der privatisierungsbedingten Schließung von rund 40 landesweiten Tekel-Lagern Ende Januar neue Jobs suchen oder den staatlichen Leiharbeiterstatus 4/C akzeptieren sollten, ist gesetzeswidrig. Die Streiks wurden vorläufig ausgesetzt. Weitere Aktionen soll es nach dem 1. April geben.

Weitere Infos sind im Labournet zu finden unter: www.labournet.de =>Internationales =>Türkei